

Bericht  
über die Prüfung des  
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005  
und des Lageberichts  
für das Wirtschaftsjahr 2005

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb

Heppenheim

**MOORE STEPHENS**  
TREUHAND AG

---

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Mannheim • Heppenheim  
Rennershofstraße 8  
68163 Mannheim

Tel.: +49 (0) 621 / 4 25 08 - 80  
Fax: +49 (0) 621 / 4 25 08 - 50  
treuhand@moorestephens.de  
www.moorestephenstreuhand.de  
Amtsgericht Mannheim HRB 9169

## Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	5
I. Lage des Unternehmens	5
1.    Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	5
2.    Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	6
II. Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1.    Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2.    Jahresabschluss	11
3.    Lagebericht	12
4.    Prüfung anderer Stellen	12
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
1.    Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	13
2.    Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	13
3.    Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
1.    Wirtschaftliche Grundlagen	14
2.    Ertragslage	15
3.    Vermögenslage	17
4.    Finanzlage	20
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	22
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	23

Anlagen:

- 1 Bilanz zum 31. Dezember 2005
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005
- 3 Anhang für das Wirtschaftsjahr 2005
- 4 Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2005
- 5 Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
- 6 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 7 Rechtliche Verhältnisse

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002

Alle in diesem Bericht dargestellten Berechnungen, auch wenn sie zur besseren Übersichtlichkeit nur mit einer Nachkommastelle dargestellt sind, wurden exakt gerechnet. Aufgrund von Rundungen kann die Addition bzw. Subtraktion der Tabellenwerte zu Abweichungen bei den ausgewiesenen Zwischen- oder Gesamtsummen führen.

## **A. Prüfungsauftrag**

Mit Beschluss vom 18. September 2006 hat uns gemäß § 9 der Satzung in Verbindung mit § 5 Nr. 13 EigBGes der Kreistag zum Abschlussprüfer des

### **Eigenbetriebs Neue Wege Kreis Bergstraße**

(nachfolgend kurz: Eigenbetrieb) gewählt und beauftragt, den Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts für das zum 31. Dezember 2005 endende Wirtschaftsjahr zu prüfen.

Die Jahresabschlussprüfung war um eine Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung entsprechend den Vorschriften des § 53 HgrG zu erweitern (§ 27 Abs. 2 Satz 2 EigBGes). Eine Erfolgsübersicht entsprechend § 27 Abs. 2 Satz 2 EigBGes wurde wegen fehlender, unterschiedlicher Betriebszweige, nicht aufgestellt und war daher nicht Gegenstand unserer Prüfung.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002.

Über Gegenstand sowie Art und Umfang der von uns gemäß §§ 317 ff. HGB durchgeführten Abschlussprüfung berichten wir im Abschnitt C.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

## **B. Grundsätzliche Feststellungen**

### **I. Lage des Unternehmens**

#### **1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter**

##### **Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft**

In bezug auf den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft sind insbesondere die folgenden Aspekte hervorzuheben:

- Der Eigenbetrieb wurde in 2004 errichtet. Gegenstand des Eigenbetriebs ist die Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Kreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (kurz: SGB II). Im SGB II ist das sog. Arbeitslosengeld II (Alg II) geregelt. Mit dem Alg II ist die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe gemeint. Zuständig für die damit verbundenen Leistungen sind die Bundesagentur für Arbeit und die kreisfreien Städten bzw. die Landkreise. Als eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland, kümmert sich der Kreis Bergstraße um die Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger und übernimmt damit auch Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit.
- Im Wirtschaftsjahr 2005 wurden 5.127 Neuanträge gestellt. 683 Personen konnten in den ersten Arbeitsmarkt, 830 Personen in 400,00 € Jobs vermittelt werden. Ende 2005 betrug die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 8.750 (ca. 16.275 Personen). Bis Juni 2006 erhöhte sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf 8.803 (ca. 16.462 Personen).
- Gemäß § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme derjenigen Verwaltungskosten, die auf Leistungen entfallen, die vom Kreis Bergstraße zu tragen sind. Der Kreis Bergstraße trägt gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Kosten, die im Zusammenhang mit der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in das Erwerbsleben erforderlich sind.
- Im Berichtsjahr wurde das Stammkapital von T€ 25 auf T€ 50 erhöht. Die Bilanzsumme beträgt T€ 14.654. Der Eigenbetrieb erbrachte Ende 2005 Transferleistungen für Januar 2006 in Höhe von T€ 5.882, die als aktive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst wurden. Korrespondierend wurden die vom Bund erhaltenen Vorschüsse auf Transferleistungen für den Monat Januar 2006 in Höhe von T€ 7.000 als passive Rechnungsabgrenzungsposten gebucht. Zum 31. Dezember 2005 bestehen Bank- und Kassenguthaben in Höhe von rd. 6.546 Mio. €.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung/den Vorstand im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

## Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Im Wirtschaftsjahr 2006 wird sich die Zahl an Bedarfsgemeinschaften von 8.750 auf 8.900 erhöhen. Dies entspricht einer Personenzahl von ca. 17.622 Personen. Dies führt zu einer Steigerung der Transferaufwendungen und -erträge in 2006 von T€ 72.790 auf T€ 90.000. Im Wirtschaftsjahr 2007 wird mit einer weiteren Steigerung gerechnet.
- Qualifizierungsmaßnahmen mit Vermittlungsschwerpunkt, niederschwellige Angebote, die Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsalltag gewöhnen und Maßnahmen für Alleinerziehende stehen dabei im Fokus. Darüber hinaus ist eine Erweiterung der Maßnahmenlandschaft des Eigenbetriebs geplant.
- Der Erfolg des Eigenbetriebs wird maßgeblich von dem weiteren Aufbau der Verwaltung bzw. von Optimierungsmaßnahmen in den Arbeitsprozessen einschließlich der Neueinstellung von Personal sowie dem Ausbildungsstand der Mitarbeiter abhängen.
- Die Finanzierung des Eigenbetriebs wird vollständig durch Bund und Kreis gesichert.

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebs im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel.

## 2. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

In Erfüllung unserer Berichtspflicht i.S.d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB -wonach wir über Tatsachen, die den Eigenbetrieb in seiner Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, zu berichten haben - weisen wir besonders auf die nachfolgenden, von der Betriebsleitung im Lagebericht dargestellten Sachverhalte hin:

- Die Verkürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld I wird bei unter 55-jährigen Personen auf 12 Monate begrenzt. Über 55-jährige erhalten Arbeitslosengeld I für maximal 18 Monate. Dies könnte zu einer Erhöhung der Bedarfsgemeinschaften und somit zu Mehrbelastungen führen.
- Der Eigenbetrieb musste kurzfristig eine funktionsfähige Verwaltung aufbauen, um den gesetzlichen Ansprüchen gerecht zu werden. In Teilbereichen wurden aus Praktikabilitätsgründen Zwischenlösungen verwendet, die zu unterschiedlichen Auffassungen zwischen Bund und Kreis bzgl. der Aufteilung der Kosten führen können. Darüber hinaus bestehen noch Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der vom Kreis generell zu tragenden Verwaltungskosten. Dies kann dazu führen, dass in den Folgejahren über Verhandlungen mit dem Bund Anpassungen der Abrechnungen gegenüber dem Bund vorgenommen werden müssen. Insoweit bleiben insbesondere die Ergebnisse aus Prüfungen durch den Bund und die Sozialversicherungsträger abzuwarten. Rückzahlungsverpflichtungen des Eigenbetriebs an den Bund müsste der Ei-

genbetrieb an den Kreis Bergstraße weiterbelasten. Aus derzeitiger Sicht wird jedoch mit einer politischen, für beide Seiten tragbaren Lösung gerechnet. Wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005 werden nicht erwartet.

## **II. Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung**

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir folgende Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften festgestellt:

- Der Jahresabschluss war zum 30. Juni 2006 noch nicht aufgestellt. Insoweit wurde gegen § 27 Abs. 1 EigBGes verstoßen; hiernach ist der Jahresabschluss und der Lagebericht innerhalb von 6 Monaten aufzustellen und der Betriebskommission vorzulegen. Die Feststellung des Jahresabschlusses steht noch aus. Wir haben die Betriebsleitung auf die Verpflichtung hingewiesen.

## **C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

### **Gegenstand der Prüfung**

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen der Satzung geprüft.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet und den hierzu vom IDW veröffentlichten "Fragenkatalog zur Prüfung von § 53 HGrG" (IDW PS 370) berücksichtigt.

Die Betriebsleiter trägt die Verantwortung für die Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie die uns erteilten Auskünfte und vorgelegten Unterlagen. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrages.

### **Art und Umfang der Prüfung**

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in dem Monat Januar bis zum 17. April 2007 durchgeführt. Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung dokumentierten wir nach Art, Umfang und Ergebnis in unseren Arbeitspapieren.

Unsere Prüfung haben wir entsprechend den Vorschriften der §§ 317 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstößen sind.

Auf dieser Basis haben wir die Prüfung des Jahresabschlusses unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung mit der Zielsetzung angelegt, wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Satzung zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i. S. d. § 264 Abs. 2 HGB wesentlich auswirken. Den Lagebericht haben wir darauf geprüft, ob er im Einklang mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen steht und insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Grundlage unseres risiko- und prozessorientierten Prüfungsvorgehens ist die Erarbeitung einer

Prüfungsstrategie. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des Unternehmens, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken. Die darauf aufbauende Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und dessen Wirksamkeit ergänzen wird durch Prozessanalysen, die wir turnusmäßig, insbesondere bei organisatorischen Umstellungen und Verfahrensänderungen mit dem Ziel durchführen, deren Einfluss auf relevante Jahresabschlussposten zu ermitteln und so die Geschäftsrisiken sowie unser Prüfungsrisiko einschätzen zu können. Die Erkenntnisse aus der Prüfung der Prozesse und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) und der Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, des Ansatzes, des Ausweises und der Bewertung im Jahresabschluss berücksichtigt. Wir haben uns zusätzlich auf Prüfungen des Revisionsamtes Kreis Bergstraße gestützt. Im individuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz der Mitarbeiter festgelegt. Hierbei haben wir den Grundsatz der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet und daher unser Prüfungsurteil überwiegend auf der Basis von Stichproben getroffen.

Unsere Prüfungsstrategie für das Berichtsjahr hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Systemaufnahmen wesentlicher Prozesse
- Prüfung der Abgrenzungen der Transferzahlungen
- Plausibilität der Prämissen und Prognosen im Lagebericht.

Auf die Einholung von Saldenbestätigungen wurde vertretbarerweise verzichtet; wir haben entsprechende Ersatzprüfungshandlungen vorgenommen.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden eingeholt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Betriebsleitung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

## **D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Aufgrund unserer Prüfung ergaben sich die folgenden Beanstandungen, die zwar nicht zu einer Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks geführt haben, für die Überwachung der Geschäftsführung und des geprüften Unternehmens jedoch unseres Erachtens von Bedeutung sind:

- Klärungs-/ Entscheidungsbedarf in bilanzieller und steuerrechtlicher Hinsicht führten zu zeitlichen Verzögerungen und somit zur verspäteten Aufstellung des Jahresabschlusses. Wir verweisen insoweit auf die Ausführungen unter Gliederungspunkt B. II.
- Das Programm PROSOZ verfügt nicht über die Möglichkeit, die gewährten Darlehen an Bedarfsgemeinschaften zu verwalten. Eine Debitorenbuchhaltung über die Darlehen wurde nachträglich außerhalb der Finanzbuchhaltung in 2006 aufgebaut. Grundlage hierfür war eine Inventur der Darlehensverträge. In dem für 2007 vorgesehenen, neuen Finanzbuchhaltungsprogramm "Informa" ist eine Debitorenbuchhaltung integriert.
- Das Programm PROSOZ verfügt nicht über die Möglichkeit Zahlungen nach dem Leistungszeitraum abzugrenzen. Daher haben wir im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung unter Zugrundelegung mathematisch-statistischer Kenntnisse eine Stichprobenanalyse durchgeführt. Darüber hinaus haben wir bessere Erkenntnisse aus der Abgrenzung 2006/ 2007 zur Verplausibilisierung der Abgrenzung 2005/ 2006 herangezogen. Auf dieser Basis wurde die Abgrenzung unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit angepasst. Mit der Einführung des neuen, datenbankorientierten Programms "PROSOZ-OPEN" in 2007 verfügt der Eigenbetrieb über die Möglichkeit, eine systembasierte Abgrenzung durchzuführen.
- Im Geschäftsjahr 2005 konnten zum überwiegenden Teil Zahlungen bzw. Zahlungsrückläufe aufgrund fehlender Angaben bzw. fehlender Belege in der Finanzbuchhaltung nicht zugeordnet werden. Die Beträge wurden zunächst auf einem Differenzkonto ("Verwahrgeldkonto") erfasst. Die Klärung des Ende 2005 bestehenden Saldos erfolgte zum überwiegenden Teil in 2006 bis Anfang 2007. Unter Beachtung von Wesentlichkeitsaspekten wurden die sich hieraus ergebenden Anpassungen im Jahresabschluss 2005 erfasst.
- Ein ausgereiftes, den Ansprüchen des Eigenbetriebs gerecht werdendes, rechnungslegungsbezogenes Kontrollsystem befindet sich derzeit im Aufbau. Für den Jahresabschluss 2005 bestanden Kontrollen (z.B. Liquiditätskontrolle, Kontrolle der Eingangsrechnungen, Überprüfung von Stammdaten), die zusammen mit den besseren Erkenntnissen aus der verspäteten Aufstellung des Jahresabschlusses sowie der Inanspruchnahme von Diensten des Kreises (z.B. Durchführung der Personalabrechnung, Kassenprüfung und Prüfung der Abrechnung 2005 gegenüber dem Bund durch das Revisionsamt) dazu geführt habe, dass der Jahresabschluss 2005 aufgestellt werden konnte.

Die Organisation der Buchführung, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Wir verweisen auf die zuvor dargestellten Beanstandungen, die mitverantwortlich dafür waren, dass eine fristgerechte Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses nicht möglich waren.

Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Die Buchführung wird EDV-gestützt durch die Kanzlei Burandt & Daub, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater unter Verwendung des Standardprogramms der DATEV eG, Nürnberg durchgeführt. Über das Programm "PROSOZ" werden die Transferleistungen an die Bedarfsgemeinschaften und Sozialversicherungsträger erfasst; die Auswertungen aus PROSOZ sind die Grundlage für die Zahlungsläufe. Die Lohn- und Gehaltsabrechnung erfolgt durch den Kreis Bergstraße unter Inanspruchnahme des kommunalen Rechenzentrums ekom21.

Die Buchführung ermöglicht es einem sachverständigen Dritten in angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und die Lage der Gesellschaft zu erlangen. Auf die zuvor dargestellten Beanstandungen weisen wir hin.

Eine Erfolgsübersicht entsprechend der eigenbetriebsrechtlichen Vorschriften wurde nicht erstellt, da der Eigenbetrieb nicht über mehrere Betriebszweige verfügt.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

## **2. Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 wurde entsprechend dem EigBGes aufgestellt. Gemäß § 22 und § 26 EigBGes finden die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften bei der Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sinngemäß Anwendung. Der Jahresabschluss ist gemäß §§ 23 bis 25 EigBGes, nach den Formblättern 1,2, sowie 4 gegliedert.

Der Jahresabschluss und die dafür angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften.

Aufbauend auf dem von uns geprüften Vorjahresabschluss ist der vorliegende Jahresabschluss aus den Zahlen der Buchführung und aus den weiteren Unterlagen richtig entwickelt worden. Für die Aktiv- und Passivposten liegen ausreichend Nachweise vor.

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten erfolgte gemäß § 22 EigBGes entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften. Der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB wurde beachtet. Einzelheiten zur Bewertung sind im Anhang dargestellt.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Die gesetzlichen Vertreter haben die Berichterstattung über die Organbezüge im Anhang unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB zu Recht eingeschränkt.

### **3. Lagebericht**

Der Lagebericht entspricht den Vorschriften des § 26 EigBGes. Er steht mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft sind im Lagebericht zutreffend dargestellt. Außerdem sind die Angaben gemäß § 26 EigBGes und § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend.

### **4. Prüfung anderer Stellen**

Das Berichtsjahr wurde folgenden weiteren Prüfungen unterzogen:

- Kassenprüfung durch das Revisionsamt des Kreises Bergstrasse

In 2006 haben weitere Prüfungen stattgefunden; hervorzuheben sind:

- Prüfung der Abrechnung der Ausgaben für Arbeitslosengeld II, für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sowie für Verwaltungskosten gegenüber dem Bund für den Leistungszeitraum 2005 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstrasse;
- Sonderprüfung des Revisionsamtes des Kreises Bergstrasse;
- Prüfung der Beitragszahlungen aus Entgeltersatzleistungen nach § 212a SGB VI der Deutschen Rentenversicherung für den Leistungszeitraum Januar 2005 bis Dezember 2006.

Die Erkenntnisse aus den Prüfungen haben wir im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung verwertet.

## **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **1. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen**

Die wesentlichen Bewertungsgrundlagen sind im Anhang sowie -weiter gehende- in Abschnitt D. III "Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermerkt.

Hervorzuheben sind hinsichtlich der Ausübung von Beurteilungsspielräumen insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ansprüche aus der Gewährung von Darlehen an Bedarfsgemeinschaften in Höhe von T€ 351. Hiervon entfallen T€ 317 auf Darlehensgewährungen durch den Kreis aufgrund Verpflichtungen des SGB II. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. In Abhängigkeit der Zuständigkeit für die Darlehensgewährung, trägt das Ausfallrisiko der Kreis bzw. der Bund. Der Eigenbetrieb hat daher keine Einzelwertberichtigungen vorgenommen.
- Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Personalkostenverpflichtungen. Die Bewertung erfolgte auf Basis vertraglicher Regelungen sowie erwarteter Verhandlungsergebnisse.

### **2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

Die Zuschüsse aus der Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von T€ 466 für die Anschaffung von Gegenständen des Anlagevermögens wurden im Vorjahr erfolgsneutral in einem Sonderposten für Investitionszuschüsse erfasst (Bruttomethode). Der Sonderposten wird korrespondierend zu den Abschreibungen des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst. Im Wirtschaftsjahr 2005 waren T€ 78 aufzulösen und unter den sonstigen betrieblichen Erträgen zu erfassen. Alternativ wäre die aktivische Absetzung des Zuschusses von den Anschaffungskosten möglich gewesen (Nettomethode). Die bilanzielle Behandlung des vereinnahmten Zuschusses nach der Bruttomethode führt zu einem besseren Einblick in die Altersstruktur des Anlagevermögens gegenüber der Nettomethode (Absetzung der Zuschüsse von den Anschaffungskosten der Anlagegüter) und erhöht somit den Informationswert.

Über die im Anhang und Lagebericht dargestellten und ausgeübten sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen hinaus haben die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft keine weiteren ausgeübt.

### **3. Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir unter Würdigung der in Abschnitt D.II.1. erläuterten wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sowie der in Abschnitt D.II.2. dargestellten sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen zu der Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

### **III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

#### **1. Wirtschaftliche Grundlagen**

Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind die Kreisfreie Städte/ Landkreise sowie die Bundesagentur für Arbeit. Der Kreis Bergstraße ist laut Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland. Damit ist der Kreis Bergstraße betraut, auch die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit mit zu übernehmen. Zu diesem Zweck wurde seitens des Kreises ein Eigenbetrieb errichtet.

Der Eigenbetrieb führt seine Tätigkeiten in angemieteten Räumen durch. Er unterhält in Heppenheim, Mörlenbach, Bürstadt und Viernheim je einen Jobcenter. Neben eigenen Mitarbeitern werden auch Mitarbeiter beschäftigt, die vom Kreis Bergstraße bzw. von anderen Landkreisen und Städten abgeordnet sind.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit erfolgt gemäß den Regelungen im SGB II durch den Bund und den Kreis Bergstraße. Dies beinhaltet neben den Transferleistungen an die Bedarfsgemeinschaften auch die Kosten für die Verwaltung des Eigenbetriebs. Hierdurch ergibt sich zum Ende eines Wirtschaftsjahres stets ein Jahresüberschuss von 0,00 €.

Im Wirtschaftsjahr 2005 wurde das Stammkapital um € 25.000,00 auf € 50.000,00 erhöht.

## 2. Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre ergibt sich nach Zusammenfassungen die folgende Ertragsübersicht:

	01.01. bis 31.12.2005		29.10. bis 31.12.2004		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Transfererlöse	72.797,7	100,0	0,0	0,0	72.797,7	0,0
<b>= Gesamtleistung</b>	<b>72.797,7</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>72.797,7</b>	<b>0,0</b>
- Transferaufwendungen	72.797,7	100,0	0,0	0,0	72.797,7	0,0
- Personalaufwand	2.200,3	3,0	100,3	0,0	2.100,0	2.093,7
- Abschreibungen	104,2	0,1	90,2	0,0	14,0	15,5
+ sonst.betriebl.Erträge	4.886,8	6,7	501,8	0,0	4.385,0	873,9
- sonst.betriebl.Aufwand	2.642,4	3,6	311,4	0,0	2.331,0	748,6
<b>= Betriebsergebnis</b>	<b>-60,0</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>-59,9</b>	<b>59.900,0</b>
+ Finanzerträge	65,1	0,1	0,1	0,0	65,0	65.000,0
- Finanzaufwand	4,5	0,0	0,0	0,0	4,5	0,0
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>60,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>60,5</b>	<b>60.500,0</b>
<b>= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>
- sonstige Steuern	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
<b>= Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### Transfererlöse/ Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen enthalten die Leistungen an die Bedarfsgemeinschaften für das Wirtschaftsjahr 2005. Die korrespondierenden Transfererlöse resultieren aus Ansprüchen gegenüber dem Bund und dem Kreis Bergstrasse.

### Personalaufwand

Die Personalaufwendungen betreffen eigene Mitarbeiter. Der Eigenbetrieb hat im Wirtschaftsjahr 2005 durchschnittlich rd. 49 Mitarbeiter beschäftigt, so dass die durchschnittlichen Personalkosten je Mitarbeiter rd. T€ 45 betragen.

### Abschreibungen

Der Posten beinhaltet im Wesentlichen Abschreibungen auf die Büromöbel sowie auf die EDV-Ausstattung. Von den Abschreibungen betreffen T€ 16 Geringwertige Wirtschaftsgüter

### Sonstige betriebliche Aufwendungen/ Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt auf:

	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Zuschuss des Bundes aus der Anschubfinanzierung	0	347
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	78	90
Verwaltungskostenanteil Bund	4.566	0
Verwaltungskostenanteil Kreis Bergstrasse	242	65
	<b>4.886</b>	<b>502</b>

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten:

	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Aufwendungen für abgeordnete Mitarbeiter	1.703	216
Raumkosten	308	24
Porto/ Telefon/ Internet	135	6
Miete/ Leasing Einrichtungen	120	0
Abschluss- und Prüfungskosten/ Finanzbuchhaltung	64	11
EDV-Kosten	53	10
Fortbildungskosten	49	9
Beratungskosten	36	14
Bürobedarf	29	10
Reise-/ Kfz-Kostenerstattung	28	0
Nebenkosten des Geldverkehrs	19	0
Instandhaltung	6	6
Zeitschriften/ Bücher	5	2
Übrige	87	3
	<b>2.642</b>	<b>311</b>

Kosten für die vom Kreis und den Städten abgeordneten Mitarbeiter werden an den Eigenbetrieb weiterbelastet.

Die Raumkosten betreffen Mieten, Reinigung sowie Instandhaltungsarbeiten.

### 3. Vermögenslage

Nachfolgende Übersicht ergibt sich nach Zusammenfassungen und Saldierungen aus den Bilanzen der beiden letzten Geschäftsjahre. Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind als langfristig behandelt.

	Bilanz zum 31.12.2005		Bilanz zum 31.12.2004		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>AKTIVA</b>						
Immaterielles Anlagevermögen	70,9	0,5	8,5	0,1	62,4	734,1
Sachanlagen	389,9	2,7	367,8	5,3	22,1	6,0
Forderungen an den Kreis	1.306,4	8,9	117,0	1,7	1.189,4	1.016,6
Sonstige Vermögensgegenstände	458,7	3,1	40,1	0,6	418,6	1.043,9
Flüssige Mittel/Wertpapiere	6.545,9	44,7	3.395,1	49,1	3.150,8	92,8
Rechnungsabgrenzungsposten	5.882,2	40,1	2.987,8	43,2	2.894,4	96,9
<b>Summe Aktiva</b>	<b>14.654,0</b>	<b>100,0</b>	<b>6.916,4</b>	<b>100,0</b>	<b>7.737,6</b>	<b>111,9</b>

	Bilanz zum 31.12.2005		Bilanz zum 31.12.2004		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>PASSIVA</b>						
Eigenkapital	50,0	0,3	25,0	0,4	25,0	100,0
Sonderposten Investitionszuschüsse	298,1	2,0	376,4	5,4	-78,3	-20,8
Rückstellungen	313,0	2,0	11,0	0,2	302,0	2.745,5
Verbindlichkeiten ggü. dem Bund	6.235,7	42,6	27,1	0,4	6.208,6	22.910,0
Sonstige Verbindlichkeiten	757,2	5,2	60,9	0,9	696,3	1.143,3
Rechnungsabgrenzungsposten	7.000,0	47,8	6.416,0	92,8	584,0	9,1
<b>Summe Passiva</b>	<b>14.654,0</b>	<b>100,0</b>	<b>6.916,4</b>	<b>100,0</b>	<b>7.737,6</b>	<b>111,9</b>

#### Anlagevermögen

Die Zugänge des Wirtschaftsjahres 2005 betreffen u.a. Software-Lizenzen mit T€ 68, Gegenstände der Büroausstattung mit T€ 70 sowie EDV-Hardware mit T€ 26. Bezüglich der Entwicklung des Anlagevermögens wird auf den Anlagespiegel im Anhang (Anlage 3) verwiesen.

#### Forderungen an den Kreis

Die Forderungen an den Kreis betreffen im Wesentlichen Transferzahlungen des Eigenbetriebs an die Bedarfsgemeinschaften Ende Dezember 2005, die vom Kreis Anfang Januar 2006 beglichen wurden. Darüber hinaus beinhaltet der Bilanzposten mit rd. T€ 242 Ansprüche auf Erstattung an-

teiliger Verwaltungskosten sowie mit T€ 50 Forderungen aus der ausstehenden Einlage auf das Stammkapital. Dem stehen Ansprüche des Kreises auf Erstattung von Personalkosten für abgeordnete Mitarbeiter in Höhe von T€ 598 gegenüber.

### **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ansprüche aus gewährten Darlehen an Bedarfsgemeinschaften mit T€ 351. Ferner wurden in der Position Ansprüche auf die Erstattung von Leistungen im Sinne des SGB II erfasst.

### **Flüssige Mittel**

Der Eigenbetrieb verfügt über einen Barkassenbestand kleiner T€ 1, einem Guthaben auf dem Girokonto in Höhe von T€ 1.046 sowie über ein Tagesgeldkonto in Höhe von T€ 5.500. Das Girokonto sowie das Tagesgeldkonto werden bei der Sparkasse Starkenburg geführt.

### **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Posten beinhaltet Vorschüsse an die Bedarfsgemeinschaften für Januar 2006.

### **Eigenkapital**

Unter der Position wird das Stammkapital lt. § 3 der Satzung ausgewiesen. Im Wirtschaftsjahr 2005 wurde das Stammkapital von T€ 25 auf T€ 50 erhöht. Die Einlage wurde noch nicht erbracht. Die korrespondierende Forderung wird als Forderung an den Kreis ausgewiesen.

### **Sonderposten Investitionszuschüsse**

Der Sonderposten beinhaltet den Anteil des Zuschusses des Bundes in 2004, der für die Anschaffung von Gegenständen des Anlagevermögens verwendet wurde. Der Posten entwickelt sich korrespondierend zu den Anlagegütern, die mit dem Zuschuss finanziert wurden. Im Berichtsjahr wurde ein Betrag in Höhe der Abschreibungen von T€ 78 ertragswirksam aufgelöst.

### **Rückstellungen**

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Personalkostenverpflichtungen sowie Verpflichtungen aus Jahresabschlusserstellung und -prüfung.

### **Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund**

Die Verbindlichkeiten resultieren aus Mittelabrufen, die im Wirtschaftsjahr 2005 nicht verbraucht wurden. Erstattungen seitens anderer Träger, wie Familienkasse oder Deutsche Rentenversicherung, wurden dem Bund gutgeschrieben.

### **Sonstige Verbindlichkeiten**

Die Position betrifft im Wesentlichen Zahlungen an Bedarfsgemeinschaften in 2006, die Leistungszeiträume 2005 betreffen. Darüber hinaus wurden in der Position Verpflichtungen aus ausstehenden Rechnungen, aus Sozialversicherung sowie aus Lohn- und Kirchensteuer erfasst.

### **Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Zahlungen des Bundes Ende 2005 für den Leistungszeitraum 2006 wurden passivisch abgegrenzt.

#### 4. Finanzlage

	2005 T€	2004 T€
<b>1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>		
Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	0	0
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	104	90
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	302	11
+/- Ertragszuschuss aus Anschubfinanzierung	0	-437
-/+ Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
-/+ Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.478	-3.120
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	7.411	6.504
+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
<b>= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	3.339	3.048
<b>2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-120	-457
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-68	-9
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftstätigkeiten	0	0
- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftstätigkeiten	0	0
+ Einzahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
- Auszahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
<b>= Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	-188	-466

	2005 T€	2004 T€
<b>3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>		
Anschubfinanzierung	0	813
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0	0
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	0	0
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten	0	0
	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	813
<b>4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>		
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	3.151	3.395
+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.395	0
	6.546	3.395
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
<b>5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>		
Liquide Mittel	6.546	3.395
Wertpapiere (sofern kurzfristig veräußerbar)	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
	6.546	3.395

Die Finanzlage der Gesellschaft wird durch vorstehende Kapitalflussrechnung beschrieben:

Die Gliederung der Kapitalflussrechnung entspricht der Stellungnahme des DRS 2 ("Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 2") des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds ist unter Punkt 5 in der obigen Tabelle erläutert.

## **E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages**

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und der Geschäftsordnung geführt worden sind. Über die in dem vorliegenden Bericht enthaltenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung in folgenden Bereichen zu Anhaltspunkten für Beanstandungen bzw. Korrektorempfehlungen geführt, die im Fragekatalog dargelegt sind, der als Anlage 5 zu dem Bericht beigefügt ist:

- Fragekreis 3 c) und g)
- Fragekreis 6 e) und f)
- Fragekreis 7 a).

Unsere Berichterstattung liegt der mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen abgestimmte IDW Prüfungsstandard (IDW PS 720) zu Grunde.

## F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 (Anlage 4) des Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetriebs den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird.

Unter der Bedingung, dass der Vorjahres-Abschluss des Rumpf-Wirtschaftsjahres 2004 in der vorliegenden Form festgestellt wird, erteilen wir den nachstehenden Bestätigungsvermerk:

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist im Abschnitt "D. Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung" dargestellt, dass gegenteilige Auffassungen zwischen dem Bund und den Landkreisen/ den Städten in Bezug auf die Verwaltungskosten, die durch die Landkreise/ die Städte zu tragen sind, bestehen. Weiterhin besteht die Gefahr, dass aufgrund von Prüfungen durch den Bund, es nach Verhandlungen zu Korrekturen von Abrechnungen beim Eigenbetrieb kommen kann. Dies kann dazu führen, dass auf den Kreis Bergstraße zukünftige Mehrbelastungen zukommen. Es wird jedoch damit gerechnet, dass sich der Bund und die Landkreise bzw. der Kreis Bergstraße in beiden Fällen auf eine tragbare Lösung einigen werden, die keinen wesentlichen Einfluss auf den Jahresabschluss des Eigenbetriebs für das Wirtschaftsjahr 2005 haben wird.“

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Mannheim, 17. April 2007

MOORE STEPHENS  
TREUHAND AG  
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

---

Matthias Ritz  
Wirtschaftsprüfer

Stefan Hambsch  
Wirtschaftsprüfer

# Anlagen

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb  
Bilanz zum 31. Dezember 2005

## AKTIVA

## PASSIVA

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €		€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital		50.000,00	25.000,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		70.873,00	8.546,00	II. Jahresüberschuss		0,00	0,00
II. Sachanlagen				<b>B. Sonderposten Investitionszuschüsse</b>		298.050,00	376.385,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	979,00		0,00	<b>C. Rückstellungen</b>			
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>388.929,00</u>	389.908,00	367.839,00	1. sonstige Rückstellungen		313.007,52	11.000,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>				<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	6.235.682,66		27.078,67
1. Forderungen an den Kreis Bergstraße	1.306.409,10		117.044,16	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>757.248,16</u>	6.992.930,82	60.907,26
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>458.658,14</u>	1.765.067,24	40.089,36	- davon aus Steuern € 25.321,47 (€ 14.386,10)			
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		6.545.893,90	3.395.097,34	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 72.073,34 (€ 31.866,28)			
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		5.882.246,20	2.987.762,35	<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		7.000.000,00	6.416.007,28
		<u>14.653.988,34</u>	<u>6.916.378,21</u>			<u>14.653.988,34</u>	<u>6.916.378,21</u>
		<u><u>14.653.988,34</u></u>	<u><u>6.916.378,21</u></u>			<u><u>14.653.988,34</u></u>	<u><u>6.916.378,21</u></u>

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb  
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit  
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Transfererlöse		72.797.652,30	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge		4.886.818,85	501.801,82
- davon Auflösungen von Sonderposten Investitionszuschüsse € 78.335,00 (€ 90.175,76)			
3. Transferaufwendungen		72.797.652,30-	0,00
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.732.805,12		77.978,08
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>467.473,78</u>	2.200.278,90	22.310,35
- davon für Altersversorgung € 129.425,67 (€ 5.699,71)			
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		104.164,49	90.175,76
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.642.366,71	311.449,33
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		65.140,33	111,70
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>4.489,33</u>	<u>0,00</u>
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		659,75	0,00
10. sonstige Steuern		659,75	0,00
<b>11. Jahresüberschuss</b>		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>